



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Demografischer Wandel, Haushaltsstrukturen, Wohnzufriedenheit

Mehr als 25. Mio. Menschen leben in deutschen Großstädten. Die aktuelle Debatte um steigende Angebotsmieten in einigen Ballungsräumen zeigt, wie sensibel die Öffentlichkeit auf Veränderungen der städtischen Wohn- und Lebensbedingungen reagiert. Diese detailliert zu analysieren, ist Aufgabe der Stadtforschung. Grundlage sind kommunalstatistische und sozio-ökonomische Daten. Wie stark prägt der demografische Wandel Städte unterschiedlicher Größe? Welchen Einfluss hat er auf die Struktur der Haushalte? Wie zufrieden sind die Menschen mit ihrem Wohnumfeld? Das aktuelle Heft stellt Datenquellen der BBSR-Stadtbeobachtung vor und zeigt anhand ausgewählter Beispiele, welche Trends sich damit untersuchen lassen:

- ***Datengrundlagen und Instrumente der Stadtbeobachtung***
- ***Neue Option: Georeferenzierung des Sozio-ökonomischen Panels***
- ***Auswertungsbeispiel: Demografischer Wandel***
- ***Auswertungsbeispiel: Haushaltsstrukturen im Wandel***
- ***Auswertungsbeispiel: Wohnzufriedenheit und Bezahlbarkeit des Wohnens***
- ***Auswertungsbeispiel: Wahrnehmung von Umweltbeeinträchtigungen***
- ***Fazit***

Leben in der Stadt

Vorwort

Politik braucht Informationen, um das eigene Handeln zu legitimieren, Probleme zu beschreiben und politische Strategien zu begründen. Ressortforschungseinrichtungen wie das BBSR arbeiten an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft. Die Ressortforschung ist aufgefordert, eine Übersetzungsleistung zu erbringen, indem sie empirisches Wissen für die Politik nutzbar macht. Denn Zahlen allein sind noch keine Politik. Für den Beratungsprozess heißt das, relevante Fakten und vor allem Orientierungs- und Bewertungswissen einzubringen.

Mit seinem differenzierten räumlichen Informationssystem verfügt das BBSR über eine breit angelegte Datenbasis für die Beratung der Raumordnungs- und Stadtentwicklungspolitik. Die Stadtbeobachtung ist ein wichtiger Baustein in diesem System. Basis sind vor allem kommunalstatistische Daten. Die wachsende Verfügbarkeit georeferenzierter Daten und verbesserte Möglichkeiten, die Datenquellen zusammenzuführen, zeigen neue Perspektiven bei der Auswertung städtischer Trends.

Das vorliegende BBSR-Analysen KOMPAKT gibt einen Einblick in den derzeitigen Stand der Stadtbeobachtung im BBSR. Entlang ausgewählter Themen werden die Nutzungsmöglichkeiten unterschiedlicher Informationsquellen für die Stadtbeobachtungen auf Bundesebene aufgezeigt.

Autor

Jürgen Götdecke-Stellmann
Referat I 6
Raum- und Stadtbeobachtung



(Direktor und Professor Harald Herrmann)

Datengrundlagen und Instrumente der Stadtbeobachtung

Globalisierung, demografischer Wandel, Individualisierung – Städte verändern sich ständig. Die Stadtbeobachtung des BBSR bietet kleinräumige Daten aus unterschiedlichen Quellen, um die Trends zu untersuchen.

Um den gesellschaftlichen Wandel zu beschreiben, braucht es empirische Grundlagen. Das BBSR betreibt seit vielen Jahren ein komplexes räumliches Informationssystem, das aus verschiedenen Komponenten besteht. Die Stadtbeobachtung ist eine davon. Sie ist darauf ausgerichtet Stadtentwicklung kleinräumig zu beschreiben. Hierzu bedarf es der Nutzung unterschiedlicher Quellen. Denn nur so lässt sich die Vielschichtigkeit der Stadtentwicklung in den Blick nehmen.

Im Folgenden sollen die Möglichkeiten einer kombinierten und aufeinander abgestimmten Nutzung verschiedener Instrumente der Stadtbeobachtung aufgezeigt werden. Für die raumbezogene Forschung haben sich Verbesserungen ergeben, die auch neue Möglichkeiten für die Stadtbeobachtung mit sich bringen. Dazu gehören die wachsende Zahl georeferenzierter Daten und die Kombination unterschiedlicher Datenquellen in Geoinformationssystemen.

Das vorliegende BBSR-Analysen KOMPAKT zeigt, wie verschiedene Datengrundlagen der Stadtbeobachtung genutzt werden können, um veränderte Lebenslagen in den Städten zu beschreiben.

Traditionell stützt sich die Stadtbeobachtung des BBSR wesentlich auf kommunalstatistische Daten. Damit folgt sie der Logik der Laufenden Raumbearbeitung und geht von aggregatstatistischen Daten aus. Umfragen erweitern das Spektrum um Aspekte, die kommunalstatistische Datengrundlagen (vor allem Auswertungen der Melderegister) nicht bieten können. Erst im Methoden-Mix zeigen sich die Möglichkeiten einer differenzierten Analyse. Neue Entwicklungen erweitern die Beobach-

tungsperspektive und Analysetiefe einer empirischen, indikatorgestützten Stadtbeobachtung erheblich.

Die Datengrundlagen der Stadtbeobachtung im BBSR speisen sich aus folgenden Quellen:

- Daten der **amtlichen Statistik auf Kreis- oder Gemeindeebene** sind Grundlage einer großräumigen, flächendeckenden Perspektive, die das gesamte Städtesystem in den Blick nimmt. Stadt- und Gemeindetypologien schaffen eine Hintergrundfolie. Diese dient zum einen der systematischen Einordnung der Gemeinden. Zum anderen hilft sie, Strukturen und Verlaufsmuster zu erklären.

- Für die Analyse innerstädtischer Entwicklungsprozesse reicht der Zugang über Gemeindedaten nicht aus, da keine kleinräumige Differenzierung unterhalb der Gemeindeebene möglich ist. Deshalb wurde Ende der 1980er Jahre ein kommunalstatistisches Gemeinschaftsprojekt, die **Innerstädtische Raumbearbeitung (IRB)**, gestartet (Böltken, F.; Gatzweiler, H.-P.; Meyer, K. 2007). Das Ziel der IRB war es, eine interkommunale Datensammlung auf Stadtteilebene aufzubauen. Dazu war es erforderlich, einen verbindlichen Datenkatalog zu definieren und ein interkommunal vergleichbares räumliches Raster festzulegen. Federführend beteiligten sich an dem Projekt neben der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR)¹ der Deutsche Städtetag (DST), das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) und der Verband der Städtestatistiker (VDSt). Der IRB liegt ein umfangreicher Merkmalskatalog mit mehr als 400 Variablen zugrunde. Heute stehen für 50 Städte kleinräumige Daten zur Verfügung.

(1) Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) war eine Vorläuferorganisation des BBSR.

■ Mit dem von der Arbeitsgemeinschaft **KOSTAT** vertriebenen kommunalstatistischen Datensatz steht eine weitere Quelle für innerstädtische Analysen im BBSR bereit. Der eng begrenzte Merkmalskatalog mit elf Variablen schränkt die inhaltlichen Auswertungsoptionen zwar stark ein, die große Zahl teilnehmender Städte gleicht dieses Manko jedoch zum Teil aus.² Das BBSR nutzt KOSTAT als Ergänzung zur IRB, um auf einer breiteren Ebene kleinräumige Analysen insbesondere zu sozio-demografischen Wandlungsprozessen in Städten durchführen zu können.

■ Seit mehr als zwanzig Jahren befragt das BBSR jährlich Menschen in Deutschland nach ihren Wohn- und Lebensumständen (BBR 2008). Die **BBSR-Umfrage** ist als Trend-design konzipiert. Das bedeutet, in jedem Jahr wird eine repräsentative Stichprobe von etwa 3 500 Personen befragt. Das Design ermöglicht Vergleiche in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht. Die Themenschwerpunkte der BBSR-Umfrage sind auf den Politikberatungsbedarf des BMVBS ausgerichtet (Wohnen, Nachbarschaften und Integration, Mobilität etc.). Die begrenzte Fallzahl

der Umfrage setzt allerdings enge Grenzen bei räumlich und sachlich stärker differenzierten Analysen.³

■ Das **Sozio-ökonomische Panel** (SOEP) ist eine jährliche Wiederholungsbefragung, an der rund 11 000 Haushalte und 25 000 darin lebende Personen teilnehmen (Wagner, G.; Göbel, J.; Krause, P.; Pischner, R.; Sieber, I., 2008). Repräsentativ ausgewählte Haushalte und alle darin lebenden Personen ab 17 Jahren werden in Westdeutschland seit 1984 und in Ostdeutschland seit 1990 einmal pro Jahr befragt. Durch ein Nachverfolgungskonzept werden auch Haushaltsänderungen – etwa durch den Auszug eines erwachsenen Kindes – in der Stichprobe abgebildet. Mit der seit dem Befragungsjahr 2000 bestehenden Georeferenzierbarkeit des SOEP eröffnen sich für die Stadtbeobachtung im BBSR neue Analyseoptionen. Durch Verschneidung der Standortinformation zu den befragten SOEP-Haushalten mit anderen Geobasisdaten (Geometrien) wie etwa innerstädtische Lage nach der IRB-Systematik können Individualdaten um raumbezogene Kontextdaten angereichert werden.

(2) KOSTAT stellt folgende Bevölkerungsbestandsdaten auf Stadtteilebene bereit: Hauptwohnbewölkerung und wohnberechtigte Bevölkerung, Daten zur Altersstruktur in sechs Altersklassen, Nationalität und Geschlecht sowie Angaben zur Anzahl der Haushalte bzw. den sogenannten Personenverbänden.

(3) Seit kurzem sind ausgewählte Daten der BBSR-Umfrage im ZACAT, einem Online-Katalog mit Umfragedaten des GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, verfügbar und somit für interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler leicht zugänglich (siehe Studie LebensRäume, <http://zocat.gesis.org/webview/>)

Neue Optionen: Georeferenzierung des Sozio-ökonomischen Panels

Die Georeferenzierung des Sozio-ökonomischen Panels bietet die Möglichkeit, Standortinformationen der SOEP-Haushalte mit Geodaten wie innerstädtischen Raumgliederungen zu kombinieren.

Prinzipiell können innerstädtische Raumgliederungen wie die der IRB mit dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) kombiniert werden. Im BBSR ist deshalb eine geometrische Datenbasis für die kleinräumige Gliederung von 48 IRB-Städten aufgebaut worden. Aus Datenschutzgründen sind besondere Bedingungen zu beachten. Dazu zählt, dass im Ergebnis nur typbezogene Informationen den SOEP-Daten zugespielt werden dürfen, nicht aber konkrete raumbezogene Informationen, die Aufschluss über den Wohnstandort geben könnten.

Mit dem IRB-Lagetyppik verfügt das BBSR über eine mit den beteiligten Kommunen abgestimmte räumliche Gliederung, die für innerstädtische Differenzierungen bei Auswertungen des SOEP genutzt werden kann. Deshalb ist in einem ersten Schritt das SOEP um die IRB-Lagetyppik angereichert worden. Zu betonen ist, dass diese Anreicherung des SOEP nur möglich ist, wenn die Kommune sich an der IRB beteiligt. Für Städte, die nicht an der IRB teilnehmen, liegt deshalb auch keine Lagetyppik vor. Aus diesem Grund können diese Städte auch nicht in die Verschneidung mit einbezogen werden.

Prinzipiell ließen sich auch Verschneidungen mit anderen Stadtteiltypologien vornehmen, um weitere raumbezogene Kontextmerkmale für die Haushalts- und Individualdaten des SOEP zu erhalten. Vorbereitungen dazu laufen derzeit im BBSR an. Der Vorteil der Verschneidung räumlicher Kontextinformationen liegt in der gegenseitigen Anreicherung beider Datenquellen. So können mit kommunalstatistischen Daten beobachtete Stadtentwicklungsprozesse besser untersucht werden, wenn Haushalts- und Individualdaten des SOEP einbezogen werden. Umgekehrt können unterschiedliche räumliche Kontexte

als erklärende Variable in Analysen des SOEP einbezogen werden.

Da die Stichprobe des SOEP auf der Ebene der (großen) Bundesländer repräsentativ gezogen ist, nicht aber auf der Ebene innerstädtischer Raumtypen, bleibt die Frage, inwieweit das SOEP auch innerstädtische Strukturen zutreffend abbildet.

Ein Vergleich zwischen IRB und SOEP auf Basis der Alterstruktur erlaubt eine erste Abschätzung. Wie sich zeigt, ist die Abbildung der Alterstruktur nach den IRB-Lagetyppen Innere Stadt und Stadtrand sehr ähnlich, wenn man die Anteile vergleicht, die sich aus der Auswertung der Registerdaten der IRB und der hochgerechneten Bevölkerung aus dem SOEP ergeben. Beide Datenquellen weisen spezifische Probleme auf, die es zu berücksichtigen gilt. Trotz ihres amtlichen Charakters sind bei den Registerdaten Fehler zu berücksichtigen, die sich zum Beispiel aus nicht erfolgten An- und Abmeldungen ergeben. Die Hochrechnungsfaktoren des SOEP wurden zur Wahrung der formalen Konsistenz jährlich an die jeweiligen Daten des Mikrozensus (MZ) angepasst, so dass die Verteilung nach Region, Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße und Nationalität in den Eckdaten derjenigen des Mikrozensus entspricht (Göbel, Jan; Krause, Peter; Pischner, Rainer; Sieber, Ingo, Wagner, Gerd, 2008). Eine kleinräumige Anpassung, wie es hier erforderlich wäre, wird allerdings nicht vorgenommen. Im Ergebnis zeigt sich eine insgesamt gute Abbildung der Alterstruktur in der Inneren Stadt und am Stadtrand, wenn man die Anteile der jeweiligen Altersgruppen auf Basis der hochgerechneten SOEP-Daten und der IRB vergleicht. Auch beim Vergleich der absoluten Zahlen ergeben sich zufriedenstellende Werte.⁴

(4) Es handelt hier nicht um eine statistische Güteprüfung der Repräsentativität des SOEP für innerstädtische Raumtypen wie die IRB-Lagetyppik, sondern um eine erste Annäherung der Verwendungsmöglichkeiten des SOEP in innerstädtischer Differenzierung.

Auswertungsbeispiel: Demografischer Wandel

Die Nutzung von Stadtteildaten zeigt, wie stark sich die Altersstruktur innerhalb der Städte wandelt.

Wir werden weniger, älter und bunter. Mit dieser plakativen Formel werden die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Punkt gebracht. Dieser Wandel vollzieht sich nicht rasant, sondern schleichend. Die aktuelle Raumordnungsprognose kommt zu dem Ergebnis, dass bis 2030 das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland von derzeit 43 Jahre auf über 47 Jahre steigt (BBSR 2012b). In vielen ostdeutschen Regionen steigt das Durchschnittsalter sogar auf über 50 Jahre.

Der demografische Wandel führt zu einer allmählichen Verschiebung der Generationenverhältnisse. Schon heute lassen sich die Auswirkungen dieser Entwicklung im veränderten altersstrukturellen Aufbau der Städte und Gemeinden nachvollziehen. Die Gewichte zwischen Jung und Alt verlagern sich in Richtung der Älteren. In der Veränderung des Alten- und Jugendquotienten (siehe Infokasten) bildet sich dieser Wandel ab. In der Periode von 1998 bis 2011 ist ein stetiger Anstieg des Altenquotienten bis 2010 zu beobachten, danach stabilisiert sich die Entwicklung. Gleichzeitig nimmt der Jugendquotient ab. In dieser Periode ist der Altenquotient in allen Stadttypen von Ausgangs-

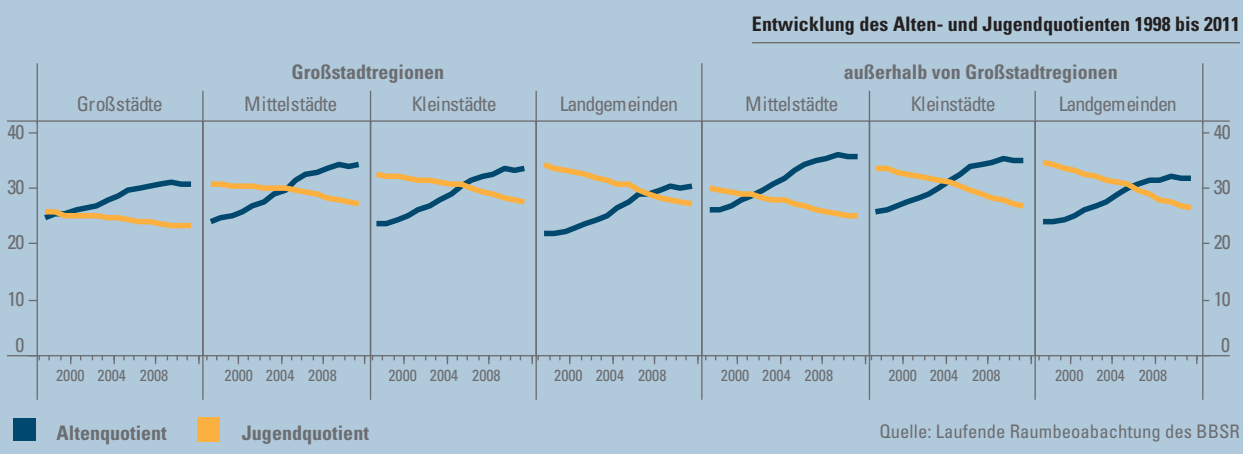
werten um 25 auf über 30 angestiegen. Das bedeutet: 100 Personen im erwerbsfähigen Alter stehen jetzt mehr als 30 Personen über 64 Jahren gegenüber. Diese Entwicklung nimmt keinen Stadt- und Gemeindetyp aus. Der Jugendquotient fällt im gleichen Zeitraum in den Kleinstädten und Landgemeinden von Werten über 30 auf Werte unter 30. Besonders stark sind die Landgemeinden innerhalb und außerhalb der Großstadtreionen betroffen, wo der Jugendquotient von Werten um 34 auf etwa 27 fällt.

Die Altersstruktur der Großstädte ist – bezogen auf den Beobachtungszeitraum von 1998 bis 2011 – noch relativ stabil. Zwar geht auch in den Großstädten die Schere zwischen Jung und Alt auseinander, der Prozess verläuft aber weniger dynamisch. Besonders stark wird die Alterung der Einwohner in kleineren Städten und Gemeinden offenbar. Vor allem Kommunen in Großstadtreionen, die in früheren Jahren Wanderungsgewinne im Zuge des Suburbanisierungsprozesses hatten, haben künftig einen besonders hohen Anteil älterer Menschen. In den Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes – im Osten wie im Westen – wird vor allem der Rückgang der Zahl der Kinder- und Jugendlichen weiter anhalten.

Stadt- und Gemeindetyp

Der Stadt- und Gemeindetyp dient im BBSR analytischen, vergleichenden Zwecken. Die Typologie ist auf bundesweite Kommunalvergleiche ausgerichtet. Grundlage für die Festlegung des Stadt- und Gemeindetyps sind die Einheitsgemeinden und Gemeindeverbände. Unterschieden wird nach Großstadt (mind. 100 000 Einw.), Mittelstadt (20 000 bis unter 100 000 Einw.), Kleinstadt (20 000 bis unter 100 000 Einw. oder mind. grundzentrale Funktion) sowie Landgemeinden (BBSR 2012a).

Abbildung 1



Dieser Trend spiegelt sich im steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung wider. Ein besonders starker Anstieg um 3,5 Jahre ist im Zeitraum 2000 bis 2011 bei den Landgemeinden innerhalb und außerhalb der Stadtregionen festzustellen. In den Großstädten ist das Durchschnittsalter dagegen nur moderat um ein Jahr angestiegen (von 41,5 auf 42,5 Jahre). Diese auf großräumiger Ebene beschriebenen Prozesse wirken bis in die Städte hinein. Sie treffen die Stadtteile unterschiedlich stark. Um innerstädtische demografische Prozesse abzubilden, bedarf es stadtteilbezogener Informationen, wie sie IRB und KOSTAT bereithalten. Die folgende Darstellung des demografischen Wandels in den Städten nutzt als Datengrundlage Stadtteildaten der Arbeitsgemeinschaft KOSTAT.

Auf Basis der Stadtteildaten mit Angaben zur Altersstruktur der Bevölkerung kann für 84 KOSTAT-Städte nach innerstädtischer Lage differenziert der Alten- und Jugendquotient im Zeitraum 2000 bis 2011 berechnet werden. Die ursprünglich für IRB-Städte entwickelte Lagetypzuordnung wurde für die Städte der KOSTAT-Gemeinschaft übernommen und nach der gleichen Zuordnungssystematik angelegt (BBSR 2012a). Die Lagetypik orientiert sich an dem „klassischen“ Verständnis der europäischen Stadt. Im Stadtkern, also City und Cityrand, liegen die Ursprünge der Stadt, hier finden sich markante historische Bauten ebenso wie Geschäftszentren. Umgeben sind City und Cityrand von gründerzeitlichen Vierteln,

Stadterweiterungen und Nachkriegsbauten am Innenstadtrand. Dieser innere Bereich der Städte (City, Cityrand und Innenstadtrand) wird im Folgenden als Einheit betrachtet und als „Innere Stadt“ bezeichnet. Es wird somit von einem weitgefassten Innenstadt-Verständnis ausgegangen (BMVBS 2011).

In Abbildung 3 (siehe S. 8) sind die beiden Quotienten in Form eines Koordinatensystems dargestellt. Auf der x-Achse ist der Jugendquotient, auf der y-Achse ist der Altenquotient abgetragen. Die Kombination beider Indikatoren führt zu Wertepaaren, die in einer Punktwolke für alle 84 Städte im Koordinatensystem dargestellt sind. Um die Veränderung im Zeitablauf deutlich zu machen, geschieht dies für die Jahre 2000 und 2011. Mit der Differenzierung nach innerstädtischer Lage werden kleinräumige Veränderungstendenzen betrachtet.

Jugendquotient nimmt stark ab

Vergleicht man in einem ersten Schritt die Veränderung des Jugend- und Altenquotienten in den KOSTAT-Städten auf gesamtstädtischer Ebene, zeigt sich im Zeitverlauf eine deutlich abnehmende Tendenz des Jugendquotienten und eine im Durchschnitt (nur) leichte Zunahme des Altenquotienten. Die Streuung der „Punktwolke“ verdeutlicht aber, dass hinter dieser an Durchschnitt orientierten Betrachtung sehr unterschiedliche individuelle Aus-

Alten- und Jugendquotient

Alten- und Jugendquotient sind verbreitete Maße in der Demografie. Sie beschreiben die Generationenverhältnisse. Dabei wird die Zahl der jeweiligen Altersgruppe ins Verhältnis zur erwerbsfähigen Bevölkerung gesetzt. Beim Jugendquotienten wird hier die Zahl der unter 18-Jährigen und beim Altenquotienten die Zahl der 65-Jährigen und Älteren in das Verhältnis zu den 18- bis unter 65-Jährigen gesetzt. Im Zeitverlauf wird die Veränderung der Generationenverhältnisse sichtbar. KOSTAT weicht bei der Definition der Altersgruppen von der Grenze der 65-Jährigen und älteren ab. Grenze für die älteste Altersgruppe sind 60 Jahre. Damit variieren bei der Berechnung des Alten- und Jugendquotienten die zugrundeliegenden Alterskohorten. Die Altersgruppe für den Jugendquotienten identisch. Für die erwerbsfähige Bevölkerung ist aufgrund unterschiedlicher Definitionen der Altersklassen die Gruppe der 18- bis unter 60-Jährigen die Basis und bei den Älteren die Gruppe der 60-Jährigen und Älteren. Hieraus resultieren deutlich höhere Werte beim Altenquotienten und etwas höhere Werte beim Jugendquotienten.

prägungen auf kommunaler Ebene stehen. So setzen sich die ostdeutschen Städte im Zeitverlauf von der Gruppe der westdeutschen Städte ab. Die „Alterung“ nimmt in einigen ostdeutschen KOSTAT-Städten sehr viel schneller zu als dies in der Mehrzahl der westdeutschen und auch bei einigen ostdeutschen Städten der Fall ist. Als ostdeutsche Städte mit einem besonders starken Anstieg des Altenquotienten sind Gera, Chemnitz und Neubrandenburg zu nennen.

Bei den westdeutschen Städten verändert sich die Struktur der Punktwolke wenig. Es bestehen jedoch auch in Westdeutschland große Differenzen zwischen einzelnen Städten. Bergisch Gladbach, Mülheim an der Ruhr und Ratingen haben einen besonders hohen Altenquotienten. Ratingen verzeichnet zudem mit Delmenhorst und Bergisch Gladbach die stärkste Steigerung des Altenquotienten unter den westdeutschen Städten.

Abbildung 2

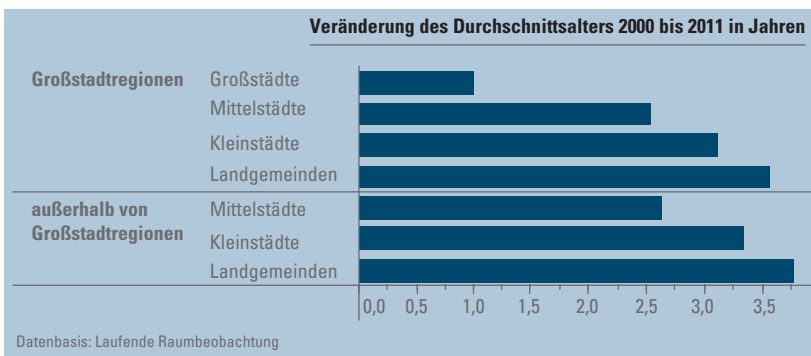


Abbildung 3

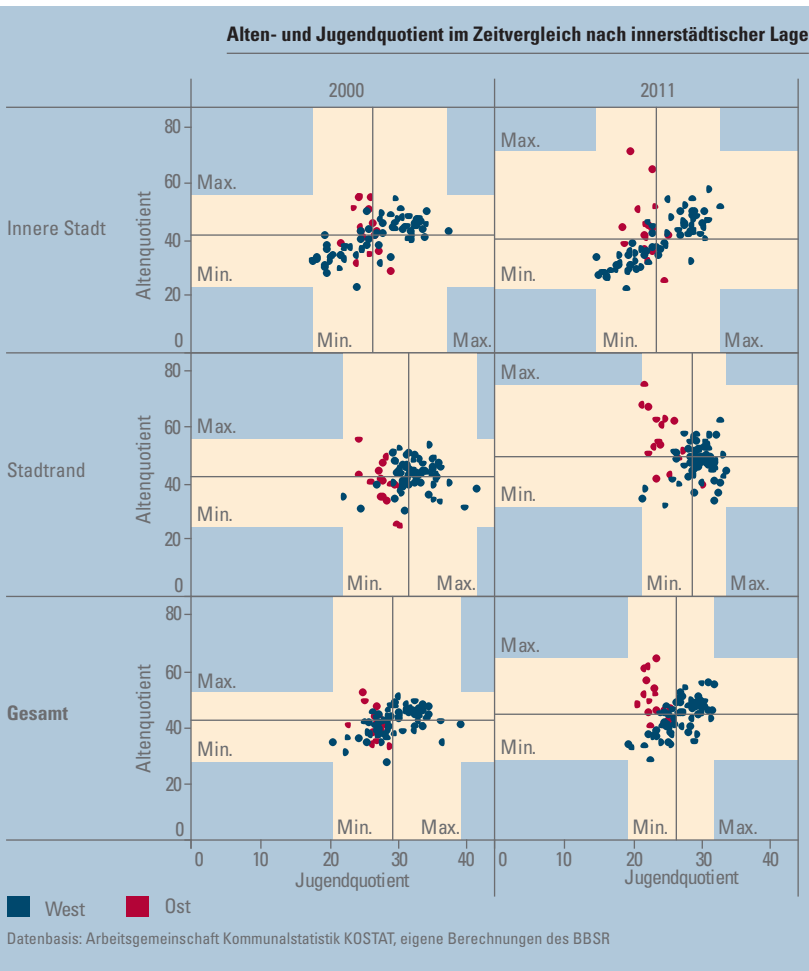
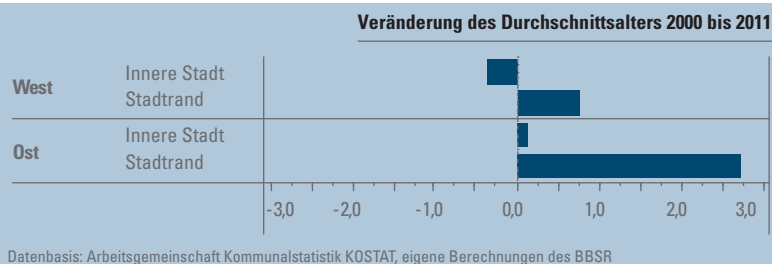


Abbildung 4



Die innerstädtische Lage modifiziert das auf gesamtstädtischer Ebene gezeichnete Bild. Der Stadttrand ist jünger, d. h. der Jugendquotient ist höher als in der inneren Stadt. Familienhaushalte mit Kindern leben bevorzugt am Stadttrand – Folge sind höhere Werte des Jugendquotienten. Auffällig ist, dass die auf gesamtstädtischer Ebene geschilderte Differenz zwischen den ost- und westdeutschen Städten sich am Stadttrand ausgeprägter darstellt als in der Innenstadt. In der Inneren

Stadt lösen sich zwei Städte (Neubrandenburg, Chemnitz) durch einen starken Anstieg des Altenquotienten aus der Gruppe der ostdeutschen Städte heraus. Dies verweist auf sozio-demografische Besonderheiten in diesen Kommunen. Die anderen ostdeutschen Städte setzen sich nur leicht von den westdeutschen Städten ab.

Am Stadttrand bilden ost- und westdeutsche KOSTAT-Städte 2011 deutlich eigene Gruppen, was darauf

verweist, dass der altersstrukturelle Bevölkerungsaufbau sehr verschieden ist. Ein tendenziell höherer Altenquotient und ein vergleichsweise niedriger Jugendquotient sprechen für einen sehr dynamischen Alterungsprozess in den meisten ostdeutschen Städten am Stadttrand. Daraus ergeben sich für die Stadtentwicklung Herausforderungen, denn die Bedürfnisse der Bewohnerschaft verändern sich mit diesem Umstrukturierungsprozess.

Stadtränder altern

Heruntergebrochen auf das Durchschnittsalter zeigt sich, dass in den 84 hier zugrundeliegenden KOSTAT-Städten in der Inneren Stadt in den ostdeutschen Kommunen kaum ansteigt und in den westdeutschen leicht absinkt. Ein deutlicher Unterschied besteht aber am Stadttrand. Während zwischen 2000 und 2011 das Durchschnittsalter am Stadttrand in den ostdeutschen Städten um fast drei Jahre angestiegen ist, kommt es in den westdeutschen Städten zu einem Anstieg von weniger als einem Jahr.

Vieles spricht für besonders starke demografische Umstrukturierungsprozesse in den einzelnen Städten. Die lokalen Bedingungen des demografischen Wandels sind sehr unterschiedlich. Dessen Tempo variiert zudem nicht nur zwischen den Städten, sondern auch innerhalb der Städte. Während in der Inneren Stadt die ostdeutschen Kommunen (noch) eine größere Ähnlichkeit zu den westdeutschen Kommunen aufweisen, zeigt sich am Stadttrand eine deutliche Ost-West-Differenz. Es bedarf der genauen lokalen Beobachtung, in welchem Maß es demografische Verschiebungen gibt, und welche Teilräume wie betroffen sind. Darauf lässt sich dann angemessen kommunalpolitisch reagieren.

Auswertungsbeispiel: Haushaltsstrukturen im Wandel

Datengrundlagen wie das Sozio-ökonomische Panel können auch genutzt werden, um Veränderungen bei der Haushaltsstruktur zu untersuchen.

Aber nicht nur die Altersstruktur der Städte wandelt sich, sondern auch die Haushaltsstrukturen unterliegen Veränderungen. Einerseits führt der Trend zur Individualisierung zu einer Differenzierung der Haushaltsformen. Andererseits ist die Verkleinerung der Haushalte ein Effekt des demografischen Wandels. Denn immer mehr alleinlebende ältere Personen bilden einen eigenen Haushalt.

Bestandsdaten zur Bevölkerung, die auf der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung oder auf kommunalstatistischen Registern basieren, enthalten keine (direkten) Information zu Haushalten. Deshalb können auf dieser Grundlage keine oder nur abgeleitete Aussagen zur Veränderung der Haushaltsstruktur gewonnen werden.⁵ Andere Datengrundlagen wie das SOEP oder der Mikrozensus erfassen den Haushaltszusammenhang und können zur Beschreibung von Veränderungen bei der Haushaltsstruktur genutzt werden.

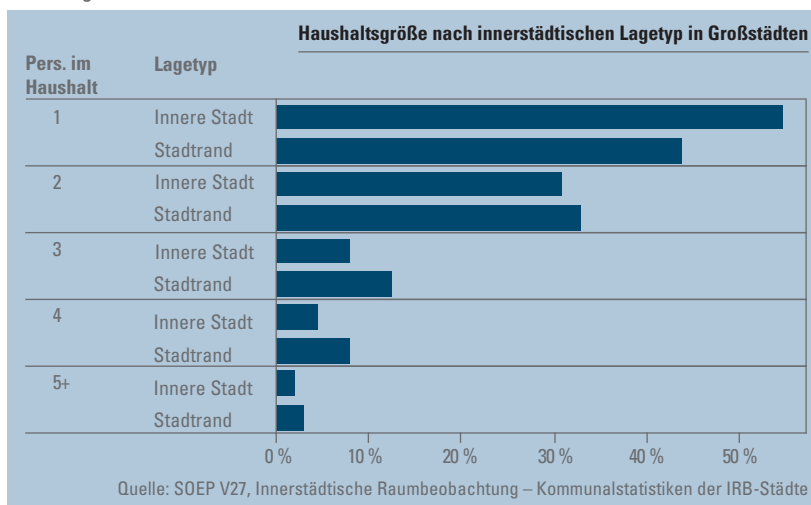
Der Trend zu kleineren Haushalten ist nicht neu. Schon seit langem ist zu beobachten, wie die Zahl großer Haushalte mit vier, fünf oder mehr Personen geringer wird und umgekehrt die Zahl der Haushalte mit nur

einer oder zwei Personen sich stetig vergrößert.⁶ Die Zunahme zeigt sich nicht nur in Großstädten, sondern auch in Landgemeinden sowie in Klein- und Mittelstädten. In den Klein- und Mittelstädten ist sogar eine höhere Dynamik festzustellen. Während in Landgemeinden und Kleinstädten 1991 58 % der Haushalte Ein- oder Zweipersonenhaushalte waren, ist ihr Anteil im Jahr 2010 auf fast 70 % angestiegen. In Großstädten beträgt der Anteil kleiner Haushalte mit nur ein oder zwei Personen sogar 80 %. Damit ist der ohnehin schon hohe Anteil dieser Haushalte von 73 % in 1991 nochmals angestiegen. Größere Haushalte mit fünf und mehr Personen haben nur noch eine geringe zahlenmäßige Bedeutung. Nicht einmal 3 % der Haushalte sind in Großstädten diesem Typ zuzuordnen.

Bezogen auf die 48 IRB-Städte wird deutlich, dass der Anteil von Einpersonenhaushalten in der Inneren Stadt erheblich höher als am Stadtrand ist. Die Anteile von Familienhaushalten mit drei und vier Personen sind demgegenüber am Stadtrand deutlich höher. Aber auch am Stadtrand ist der Anteil größerer Haushalte, in denen fünf und mehr Personen leben, mit etwa drei Prozent sehr gering.

Der Trend zur Individualisierung zeigt sich in der sich wandelnden Haushaltsstruktur. Kleinere Haushalte bedeuten aber nicht gleich jüngere Haushalte. Über alle Altersgruppen verteilt finden sich Einpersonenhaushalte. In den Großstädten sind die Anteile der jüngsten Altersgruppen, d. h. der 18- bis unter 40-Jährigen, im Jahr 2010 am höchsten (28 %). Dies spricht u. a. für den Zuzug von Bildungswanderern, die zu einer kontinuierlichen Verjüngung der Haushaltsstruktur beitragen. Auswertungen der IRB zeigen, dass sich in den Innenstädten der Großstädte die Bevölkerung alle sechs Jahre statistisch gesehen

Abbildung 5

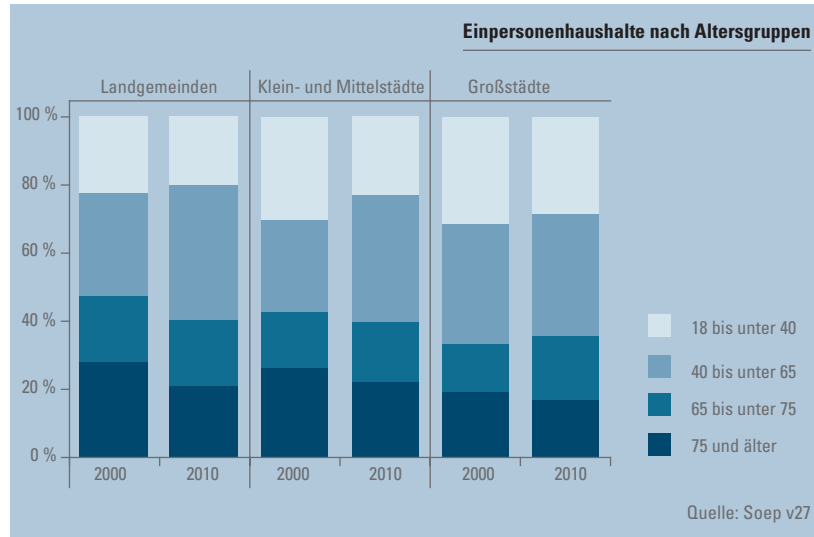


einmal austauscht. Diese Fluktuation trägt dazu bei, dass die Alterstruktur der Haushalte in innerstädtischen Quartieren tendenziell etwas jünger ist als am Stadtrand.

In Klein- und Mittelstädten ist der Anteil dieser Altersgruppe deutlich niedriger und liegt bei 23 %. Noch niedriger ist der Anteil bei den Landgemeinden mit nur 20 %. Umgekehrt verhält es sich mit den Anteilen älterer Einpersonenhaushalte. In rund 40 % der Einpersonenhaushalte in Landgemeinden, Klein- und Mittelstädten lebt eine Person im Alter von 65 und mehr Jahren. In Großstädten ist der Anteil dieser Haushalte etwas geringer (36 %). In jedem fünften Einpersonenhaushalt in Großstädten lebt eine Person im Alter von 75 oder mehr Jahren. Auf die Gesamtbevölkerung Deutschlands hochgerechnet entspricht dies etwa 1,1 Mio. Personen.

Diese demografischen Prozesse führen zu einer stetigen Veränderung der Struktur der Stadtgesellschaft. Über die Wahrnehmung der Stadt durch ihre Bewohner und Bewohnerinnen ist damit aber noch keine Aussage verbunden. Hierzu bedarf es weitergehender Informationen, die aus aggregatstatistischen Daten nicht gewonnen werden können.

Abbildung 6



Mit Bevölkerungsumfragen wie die BBSR-Umfrage oder dem SOEP können gezielt subjektive Indikatoren wie Zufriedenheiten oder andere Einschätzungen von Personen erhoben werden. So enthält das SOEP u. a. Fragen zur Zufriedenheit mit der Wohnung, zum Gebäudezustand oder zu Beeinträchtigungen durch Umwelteinflüsse. Mit diesen Informationen lässt sich das Leben in der Stadt noch besser analysieren.

- (5) Die Kommunen haben ein Verfahren entwickelt, mit dem sog. „Wohnhaushalte“ mit Daten aus den Einwohnermelderegistern gewonnen werden können. Dieses Verfahren (HHGEN) schließt auf indirektem Wege auf Haushaltzusammenhänge und nutzt die vorliegenden Informationen von Personen an einer Adresse mittels eines Merkmalsvergleiches zur Bildung der Wohnhaushalte, die eine Annäherung an die Privathaushalte sind, diese aber nur näherungsweise abbilden.
- (6) In der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Langen Reihe zu den Haushaltsgrößen spiegelt sich dieser Trend wider. In dem Zeitraum von 1991 bis 2011 ist der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalten von 64,4 auf 74,7 % gestiegen, während der Anteil der Haushalte mit vier und mehr Personen von 18,5 auf 12,8 % gefallen ist. (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Bevoelkerung/lrbev05.html>)

Auswertungsbeispiel: Wohnzufriedenheit und Bezahlbarkeit des Wohnens

Im Sozio-ökonomischen Panel werden die Befragten jährlich nach der Zufriedenheit mit der Wohnung gefragt. Dabei zeigen sich nur wenige Unterschiede zwischen den Stadt- und Gemeindetypen.

Im SOEP werden die befragten Personen jährlich nach der Zufriedenheit mit der Wohnung gefragt.⁷ Diese Frage ist von Anfang an Bestandteil des SOEP und liegt daher in langer Zeitreihe auswertbar vor. In Westdeutschland zeigt sich ein in etwa gleich bleibendes Niveau der Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung, wobei leichte Unterschiede zwischen den Stadt- und Gemeindetypen⁸ festzustellen sind. In Großstädten liegt die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung etwas niedriger.

Im Zeitverlauf zeigt sich deutlich eine Annäherung der Zufriedenheit mit der Wohnung in Ostdeutschland an das westdeutsche Niveau. Der Annäherungsprozess verläuft bis zum Jahr 2000 sehr dynamisch und ist dann weitgehend abgeschlossen. Zu diesem Prozess beigetragen hat die erhebliche Verbesserung des Gebäudezustandes. Bezeichneten 1991 lediglich 35 % der in Ostdeutschland Befragten im SOEP den Gebäudezustand als gut, ist der Anteil bis 2010 auf 66 % angestiegen und liegt damit ein wenig über dem westdeutschen Vergleichswert (Frick, Joachim R.; Grimm, Steffi, 2009). Lediglich bei den Klein- und Mittelstädten ist ein deutlicher Niveauunterschied auch nach 2000 festzustellen. Die Zufriedenheit mit der Wohnung liegt bei den Eigentümern in den Landgemeinden sowie in den Klein- und Mittelstädten in Ostdeutschland etwas unter dem Niveau Westdeutschlands. In den Großstädten liegt die Wohnzufriedenheit bei Eigentümern und Mietern auf dem gleichen Niveau oder sogar etwas darüber.

höher als mit der unmittelbaren Wohnumgebung. Auch bei der Zufriedenheit mit dem Wohnquartier übt der Wohnstatus einen großen Einfluss aus. Eigentümer sind deutlich zufriedener als Mieter. Aber auch bei der Zufriedenheit mit dem Wohnquartier lässt sich ein leicht positiver Trend nachweisen, wie Auswertungen der BBSR-Umfrage zeigen (BBSR 2010; BBSR 2011).

Steigende Mietpreise bestimmen aktuell die wohnungspolitische Diskussion. Die in manchen Regionen wachsende Lücke zwischen Bestands- und Angebotsmieten trifft vor allem die jetzt auf dem Wohnungsmarkt aktiven Haushalte. Mietpreiserhöhungen bei den Bestandsmieten treffen potenziell alle Haushalte. Wie sehr dies der Fall ist, ist zuallererst ein Effekt der ökonomischen Lage der Haushalte, aber auch der regionalen Wohnungsmärkte. Zur Abbildung der ökonomischen Position der Haushalte wird im Folgenden der so genannte Income Screener des SOEP ausgewertet. Der Income Screener ist darauf ausgerichtet, das monatliche Nettoeinkommen der Haushalte zu erfassen. Dabei bleiben einmalige Zahlungen wie etwa eine Steuer-rückerstattung oder Zinszahlungen aus Vermögenswerten unberücksichtigt. Für die hier im Vordergrund stehende Betrachtung, wie das Haushaltseinkommen durch die fixen Mietkosten „belastet“ ist, ist die Annäherung über den Income Screener jedoch ein adäquater Zugang.

Die Mietbelastungsquote setzt die Bruttokaltmiete ins Verhältnis zum Haushaltsnettoeinkommen. Die Abbildung des Einkommensstatus geht von einem äquivalenzgewichteten Einkommen aus, das unterschiedliche Haushaltsgrößen vergleichbar macht.⁹ Zur Abgrenzung des Niedrigeinkommensbereichs wird die 70 %-Grenze des Medianeinkommens

(7) Die Frage lautet: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung? Als Antwortmöglichkeit ist eine elfstufige Skala vorgegeben die von null (ganz und gar unzufrieden) bis zehn (ganz und gar zufrieden) reicht.

(8) Auf Basis der Gemeindegröße erfolgte eine Annäherung an den BBSR-Stadt- und Gemeindetyp (BBSR 2012a).

(9) Die Angaben zur Einkommensposition basieren auf Daten des SOEP. Standardmäßig wird im SOEP das Haushaltsnettoeinkommen im Befragungsmonat gemessen (Income Screener). (Frage: „Wie hoch ist das monatliche Haushaltseinkommen aller Haushaltsmitglieder heute? Bitte geben Sie den monatlichen Netto-Betrag an, also nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben. Regelmäßige Zahlungen wie Renten, Wohngeld, Kindergeld, BAföG, Unterhaltszahlungen usw. rechnen Sie bitte dazu!“). Die Äquivalenzgewichtung der Einkommen erfolgt auf Basis mit der modifizierten OECD-Skala (Gewicht 1,0 für den Haushaltsvorstand; 0,5 für jedes weitere Haushaltsmitglied über 14 Jahre; 0,3 für jedes weitere Haushaltsmitglied bis 14 Jahren). Die Preisbereinigung erfolgt auf der Basis von 2005. Die Operationalisierung der Einkommensschwellen orientiert sich an den verbreiteten Schwellenwerten von 70 % des gesamtdeutschen Medianeinkommens für die den Niedrigeinkommensbereich und 150 % des gesamtdeutschen Medianeinkommens für hohe Einkommen.

Wohnstatus beeinflusst Zufriedenheit

Bezogen auf das Wohnumfeld lässt die Zufriedenheit nach, d. h. die Zufriedenheit mit der Wohnung ist

gewählt. Hohe Einkommen liegen vor, wenn das äquivalenzgewichtete Einkommen 150 % und mehr des Medianeinkommens beträgt.

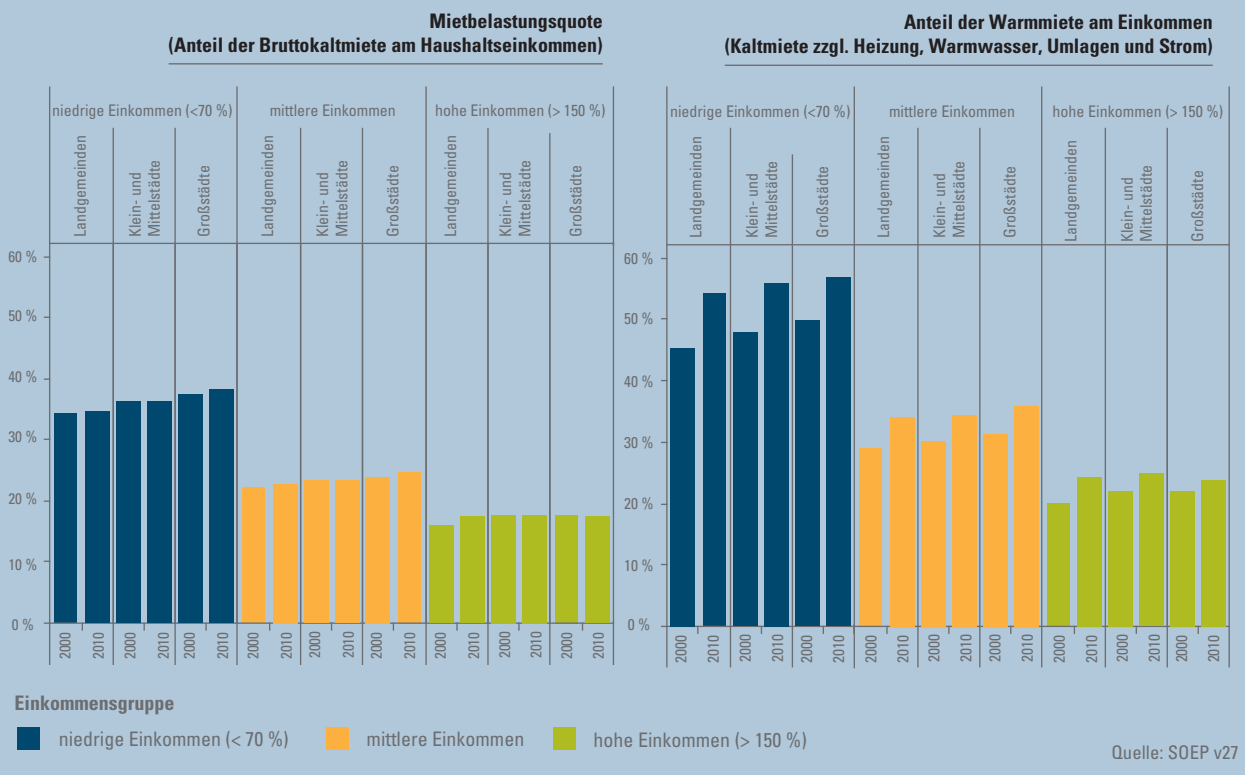
Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen sind deutlich höher durch Mietkosten belastet als Haushalte mit mittlerem oder hohem Einkommen. Haushalte aus dem unteren Einkommensbereich müssen mehr als ein Drittel für die Miete aufwenden.

Rechnet man noch variable Kostenbestandteile wie Strom, Umlagen oder Heizkosten hinzu, wird deutlich, wie eng die finanziellen Handlungsspielräume dieser Haushalte sind. Unerwartete Extrakosten etwa für Reparaturen können das Gefüge des Haushaltsbudgets massiv tangieren. Im Vergleich zum moderaten Anstieg der Mietbelastungsquote im unteren Einkommensbereich ist die Steigerung bei der Warmmiete im Zeitraum

2000–2010 deutlich ausgeprägter und in den Großstädten auf einen Anteil von rund 55 % gestiegen. Personen mit mittlerem und hohem Einkommen sind durch die Miete weit weniger belastet. Die Bezahlbarkeit des Wohnraums für Haushalte des Niedrigeinkommensbereichs aufrechtzuerhalten, wird in den wachsenden (Groß-)Städten angesichts steigender Mietpreise zu einer wichtigen Aufgabe werden.

Abbildung 7a

Abbildung 7b



Auswertungsbeispiel: Wahrnehmung von Umweltbeeinträchtigungen

Lärm, Luftverschmutzung, fehlende Grünflächen – mithilfe des SOEP und den Raumtypen des BBSR lässt sich auch die Wahrnehmung von Umweltbeeinträchtigungen ermitteln.

Die Zufriedenheit mit der Wohnung oder dem Wohnquartier ist nur eine Seite der Medaille. Genauso wichtig ist es, die Wahrnehmung von Umwelteinflüssen zu beachten. Im SOEP werden die Haushalte nach Beeinträchtigungen durch Umwelteinflüsse in der Wohngegend befragt. Dazu gehören Lärmbelästigungen, Luftverschmutzungen und fehlende Grünflächen.¹⁰ Antwortvorgaben sind: gar nicht, gering, gerade erträglich, stark und sehr stark. Dieser Fragenblock wird alle fünf Jahre erhoben. So werden langfristige Trends erkennbar.

Bemerkenswert ist, dass ein hoher Anteil der Haushalte – auch in den Großstädten – sich gar nicht oder kaum durch Umweltbelastungen beeinträchtigt sieht. Bedeutsamer als fehlende Grünflächen sind Beeinträchtigungen durch Lärm oder Luftverschmutzung. In diesen beiden Fällen gibt es auch nennenswerte Unterschiede zwischen den Stadt- und Gemeindetypen. Kleinstädte und Landgemeinden schneiden günstiger in der Bewertung ab als Großstädte. Bei Luftverschmutzung und Lärm sind zwischen 1994 und 2009 die Anteile der befragten Haushalte, die sich stark oder sehr stark beeinträchtigt sahen, zurückgegangen. Das subjektive Empfinden kann als Anzeichen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen gelten. Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung oder zur Luftreinhaltung werden offensichtlich wahrgenommen und fließen in die Bewertung mit ein. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass sich von den rund 40 Mio. Haushalten in Deutschland hochgerechnet mehr als 2,5 Mio. Haushalte durch eine starke oder

sehr starke Lärmbelästigung beeinträchtigt sehen.¹¹ Bei der Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung ergibt sich ein Vergleichswert von etwa zwei Mio. Haushalten.

Der wiederholt diagnostizierte Mangel, Städte seien nicht grün genug bzw. böten nicht genug Grünflächen, ist angesichts der Befragungsergebnisse kritisch zu hinterfragen. Ein Effekt durch die Haushaltsgröße oder Haushaltstyp in der Wahrnehmung fehlender Grünflächen ist nicht zu erkennen. Bei diesem Aspekt sind die Unterschiede zwischen den Stadt- und Gemeindetypen am geringsten. Im Zeitverlauf zeigt sich sogar eine weitgehende Aufhebung der Unterschiede. Nur 2 % der Haushalte sahen sich 2009 durch fehlende Grünflächen beeinträchtigt. Hinzu kommt, dass die Ost-West-Unterschiede zwischen 1994 und 2009 fast gänzlich abgebaut wurden.

(10) Der genaue Wortlaut der Frage ist: Wie sehr fühlen Sie sich hier in dieser Wohngegend durch folgende Umwelteinflüsse beeinträchtigt? Durch Lärmbelästigung, durch Luftverschmutzung, durch fehlende zugängliche Grünflächen.

(11) Bezogen auf Lärmbelästigungen kommt die Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland 2012“ zu nicht ganz deckungsgleichen, aber ähnlichen Werten (BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; UBA – Umweltbundesamt 2013). Aufgrund nicht kompatibler Fragestellungen mit dem SOEP ist nur ein eingeschränkter Vergleich möglich. Hinzu kommt, dass beim SOEP die Frage auf der Haushaltsebene verankert ist, während die Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland“ auf der Personenebene ansetzt.

Abbildung 8



Fazit

Die Stadtbeobachtung des BBSR zielt auf die Herausarbeitung von Strukturen und Trends der Stadtentwicklung. Die Nutzung ist eingebunden in die Politikberatung des BBSR.

Als wesentliche Ergebnisse können festgehalten werden:

- Der demografische Wandel nimmt keinen Stadt- und Gemeindetyp aus, er betrifft die Städte aber in unterschiedlichem Maß. Städte mit einer raschen Alterung stehen Städten gegenüber, die (noch) wenig in den Sog der Alterungsprozesse einbezogen sind. Dies gilt vor allem für westdeutschen Groß- und Universitätsstädte.

- Die Haushaltsstruktur wird mehr und mehr von kleineren Haushalten geprägt. Ein- und Zweipersonenhaushalte dominieren. Größere Haushalte mit fünf und mehr Personen finden sich nur noch selten. Die Alterstruktur der Haushalte ist von einem hohen Anteil älterer alleinlebender Personen oder Paare geprägt. In zwei von fünf Einpersonenhaushalten lebt eine Person im Alter von 65 und mehr Jahren. Eine aktive Teilnahme der jüngeren Älteren am Stadtleben und die hohe Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung wird das Stadtleben beeinflussen. Mehr ältere Menschen werden die Angebote der Stadt nutzen und eine spezifische Nachfrage schaffen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Teilnahmemöglichkeiten eingeschränkt sind, stellt sich für Angehörige, Wohlfahrtsverbände und Kommunen die Aufgabe, eine bedarfsgerechte Versorgung älterer Menschen sicherzustellen.

- Die Menschen sind zufrieden mit den Lebensbedingungen in den Städten. Dies drückt sich aus in einer hohen Wohnzufriedenheit und einer geringen Wahrnehmung von Umweltbeeinträchtigungen. Der Mangel an Grünflächen wird nur von einem geringen Teil der Haushalte wahrgenommen. Dies gilt auch in Großstädten. Dagegen werden

Luftverschmutzung und Lärmbelastigungen stärker wahrgenommen. Hier gibt es trotz einer Verbesserung der Situation weiteren Handlungsbedarf, wenn man die Zahl der betroffenen Haushalte berücksichtigt.

Stadtplanung und Stadtentwicklung sind aufgefordert situationsgerechte Handlungsstrategien zu entwerfen und die erzielten Verbesserungen für die Zukunft zu sichern. Integrierte Handlungskonzepte, wie sie in vielen Städten vorliegen, sind angesichts der bisweilen sehr dynamischen Entwicklung des demografischen Wandels fortzuschreiben. Vor allem in schrumpfenden Städten gilt es Perspektiven zu entwickeln, welche die höchst unterschiedlichen teils räumlichen Bedingungen in der Stadt abbilden. Denn trotz Schrumpfung der Stadt als Ganzes ist dies nicht gleichzusetzen mit einer Schrumpfung aller Stadtteile.

In Städten mit stabiler oder gar wachsender Bevölkerung ist die Situation auf den ersten Blick günstiger. Aber auch hier zeigen sich Trends, welche die kommunale Politik fordern. Zu den Aufgaben gehören Zukunftskonzepte, die bezahlbaren Wohnraum für alle im Blick haben oder einem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegenwirken. Aber auch die heute noch von demografischen Wandel nur wenig tangierten Städte werden sich dem Prozess stellen müssen. Deshalb sind auch diese Städte aufgefordert, ihre integrierten Handlungskonzepte fortzuschreiben und laufend zu aktualisieren.

Literaturverzeichnis

- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2008: Leben in deutschen Städten. Bonn
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) 2010: FOKUS Innenstadt. Aspekte innerstädtischer Bevölkerungsentwicklung. BBSR-Berichte Kompakt 11/2010. Bonn
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) 2011: Stadtansichten. Befunde der BBSR-Umfrage aus Groß- und Mittelstädten. BBSR-Berichte Kompakt 6/2011. Bonn
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) 2012a: Raumabgrenzungen und Raumtypen des BBSR. Analysen Bau. Stadt.Raum, 6/2012. Bonn
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) 2012b: Raumordnungsprognose 2030. Bevölkerung, private Haushalte, Erwerbspersonen. Analysen Bau.Stadt. Raum, 9/2012. Bonn
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; UBA – Umweltbundesamt 2013: Umweltbewusstsein in Deutschland 2012. Berlin, Marburg
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2011: Weißbuch Innenstadt. Starke Zentren für unsere Städte und Gemeinden. Berlin
- Böltken, Ferdinand; Gatzweiler, Hans-Peter; Meyer, Katrin, 2007: Das Kooperationsprojekt „Innerstädtische Raumeobachtung“: Rückblick, Ausblick, Ergebnisse. Informationsgrundlagen für Stadtforschung und Stadtentwicklungspolitik. In: BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Innerstädtische Raumeobachtung: Methoden und Analysen. Berichte 25, Bonn.
- Frick, Joachim R.; Grimm, Steffi, 2009: Wohnen in Deutschland nach dem Mauerfall: Eine Analyse für die Jahre 1990 bis 2008 auf Basis der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), In: SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 236. Berlin
- Göbel, Jan; Krause, Peter; Pischner, Rainer; Sieber, Ingo, Wagner, Gerd, 2008: Daten- und Datenbankstruktur der Längsschnittstudie Sozio-ökonomisches Panel (SOEP). In: SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 89. Berlin
- RatSWD – Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten 2012: Georeferenzierung von Daten. Situation und Zukunft der Geodatenlandschaft in Deutschland. Berlin
- Wagner, G.; Göbel, J.; Krause, P.; Pischner, R.; Sieber, I., 2008: Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: AStA Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Archiv 2 (4), S. 301–328.

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Ansprechpartner

Jürgen Göddecke-Stellmann
juergen.goeddecke@bbr.bund.de

Redaktion

Christian Schlag

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Bestellungen

gabriele.bohm@bbr.bund.de
Stichwort: BBSR-Analysen KOMPAKT 06/2013

Die BBSR-Analysen KOMPAKT erscheinen in unregelmäßiger Folge. Interessenten erhalten sie kostenlos.

ISSN 2193-5017 (Printversion)
ISBN 978-3-87994-714-0

Bonn, Juni 2013

Newsletter „BBSR-Forschung-Online“

Der kostenlose Newsletter informiert monatlich über neue Veröffentlichungen, Internetbeiträge und Veranstaltungstermine des BBSR.

www.bbsr.bund.de/BBSR/newsletter